

Bereich: Stadtentwicklung und Stadtplanung
Az: 61
Datum: 11.06.2004

2004/193
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Betriebsausschuss 2 (Ausschuss für Jugend, Schule und Soziales)	29.06.2004	
Haupt- und Finanzausschuss	06.07.2004	
Rat der Stadt	08.07.2004	

Betreff

Handlungskonzept Deininghausen

Finanzielle Auswirkungen ☐ keine haushaltsmäßige Berührung ☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt	Haushaltsstelle(n): Gesamtkosten der Maßnahme: ggf. Höhe des Zuschusses %=
--	---

Beschlussvorschlag

- Der Rat nimmt das vorliegende Handlungskonzept zur Kenntnis und bestätigt den auf der Grundlage einer Sozialraumanalyse aufgezeigten besonderen Entwicklungsbedarf des Stadtteils Deininghausen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, den Stadtteil Deininghausen für das Landesprogramm „Soziale Stadt NRW“ anzumelden, um auf dieser Grundlage Projekte und Maßnahmen des Handlungskonzeptes mit Landesförderung umsetzen zu können.
- Über die Umsetzung ist fortlaufend der Betriebsausschuss 2 zu unterrichten.

Finanzielle Auswirkungen des vorliegenden Handlungskonzeptes bei Aufnahme in das Landesprogramm „Soziale Stadt NRW“.

Kosten des Handlungskonzeptes für 5 Jahre:	1.238.500 €
Zuschuss des Landes – Soziale Stadt- (80%)	990.800 €
Verbleibende Kosten	247.700 €
Kosten pro Jahr	49.540 €

Kruse
Bürgermeister

Dobrindt
Technischer Beigeordneter

Sachverhalt

Als Ergebnis des Projektes –Nachhaltige Stadtteilentwicklung Deininghausen – der Lokalen Agenda 21 wurde das vorliegende Handlungskonzept entwickelt, um eine Aufnahme des Stadtteils Deininghausen in das Förderprogramm –Soziale Stadt – des Landes zu erreichen.

Ein Gespräch mit Vertretern des Städtebauministeriums hat bereits stattgefunden.

Eine Förderung durch das Land kann demnach nur erfolgen, wenn im Handlungskonzept auch Aussagen darüber getroffen werden, wie sich der Stadtteil zukünftig in der gesamtstädtischen Entwicklung, auch unter Berücksichtigung der demographischen Veränderungen, darstellen soll und welche Maßnahmen für ein zukunftsverträgliches Wohnen an diesem Standort angestrebt werden.

Dies setzt allerdings auch voraus, dass die betroffenen örtlichen Wohnungsunternehmen das Handlungskonzept unterstützen und sich in die Aktivitäten der Verwaltung einbinden. Darum ist die Verwaltung derzeit bemüht.

Integriertes Handlungskonzept

**zur Entwicklung des Stadtteils Deininghausen
in Castrop-Rauxel
(E N D F A S S U N G)**

Deininghausenlogo von
den Bürgern im Jahre
2003 selbst entworfen



**Dipl.-Geogr. Sabine Kaldun
Dipl.-Ing. Wolfgang Koch**

im Auftrag der Stadt Castrop-Rauxel, Lokale Agenda 21

Gelsenkirchen / Werl, 05. Januar 2004

***Inhaltlich überarbeitet und mit Ergebnissen der Sozialraumanalyse und der AG
Handlungskonzept Deininghausen vom 11. März 2004 ergänzt von
Gabriele Finney / Norbert Dörk
Castrop-Rauxel, im Mai 2004***

Situationsbeschreibung

Der Stadtteil Deininghausen entwickelt sich seit dem Ende der 80er Jahre zu einem sozialen Brennpunkt. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass längst dringender Handlungsbedarf besteht, um fortschreitende negative Entwicklungen zu stoppen und eine nachhaltige Verbesserung des Stadtteils und der Lebensqualität einzuleiten. Die Folgekosten der sozialen Entwicklung belaufen sich schon heute im städtischen Haushalt auf ein Maß, das ohne ein integriertes Handlungskonzept nicht mehr steuerbar sein wird. Daher sollte Deininghausen zum Projektgebiet erklärt werden.

Der Stadtteil ist gekennzeichnet durch folgende Probleme vorrangig im Bereich des sozialen Geschosswohnungsbaues:

städtebaulich

- hohe Bevölkerungsdichte
- Sanierungsdefizite bei der Bausubstanz und den Außenanlagen des bisherigen Wohnungseigentümers Viterra
- den Rückgang von Einzelhandel (Nahversorgung) und Dienstleistung
- geringe Qualität von Frei- und Spielflächen

ökonomisch

- Sozialstruktur mit überdurchschnittlichem Arbeiteranteil, geringem Anteil von Angestellten und Selbstständigen und niedriger Frauenerwerbstätigkeit

sozial

- überdurchschnittlich viele Migranten und Aussiedler
- einseitige Belegungsstruktur mit sozialschwachen Mietern
- überdurchschnittlich hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen, (der jüngste „Stadtteil“ von Castrop-Rauxel in Bezug auf die Altersstruktur)
- stark überdurchschnittlich hoher Anteil von Sozialhilfeempfängern (Deutsche und Ausländer)
- stark überdurchschnittlicher Anteil von Arbeitslosen, von arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren sowie Langzeitarbeitslosen
- überdurchschnittlich hoher Anteil von arbeitslosen Frauen
- überdurchschnittlich hoher Anteil von Jugendhelfemaßnahmen
- hohe Fluktuation im sozialen Wohnungsbau in Verbindung mit häufigem Leerstand
- unzureichende Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche
- nur noch temporäre Öffnungszeiten des Jugendzentrums, in der übrigen Zeit keine Treffpunkte für Jugendliche im Stadtteil verfügbar
- massiver Vandalismus und Ordnungswidrigkeiten
- wachsende Anonymität
- kaum kulturelles Leben, kein Sportverein, keine kulturellen Angebote
- negatives Stadtteil-Image in Bezug auf die Wohn- und Lebensqualität

Der Verzicht von Qualitätsstandards bei der Auswahl der Mieterstruktur bestimmter Wohnungsgesellschaften hat im Zusammenwirken mit der kommunalen Zielsetzung, Unterkünfte und Heime für Asylbewerber und Aussiedler systematisch zu verringern und diesen Personenkreis im Rahmen der Wohnungssicherungspflicht mietkostengünstig auf dem sozialen Wohnungsmarkt unter zu bringen,

bewusst oder unbewusst zu einer Konzentration dieser Sozialgruppen in Deininghausen geführt.

Die vorgenannten Indikatoren zeigen, dass durch das Zusammenwirken zahlreicher Faktoren eine soziale Destabilisierung entstanden ist, deren Entwicklung sich in den letzten Jahren beschleunigt hat und die sich ohne Steuerung weiter negativ entwickeln wird.

Um diese Entwicklung zu stoppen und nach Möglichkeit umzukehren wird ein integriertes Handlungskonzept vorgelegt, welches die Verbesserung der sozialen, kulturellen Lebensgrundlagen sowie der gesamten sozioökonomischen Lebensbedingungen der Bewohner zum Ziel hat; das sich schwerpunktmäßig aber auch mit dem zukünftigen strategischen Entwicklungsansatz für die räumliche Unterbringung der o.g. Problemgruppen des Wohnungsmarktes befasst

Ohne eine strategische Neuausrichtung der Unterbringung wird die soziale Destabilisierung in Deininghausen weiter zunehmen.

Die stadtteilorientierten Handlungsstrategien und Maßnahmen sollen die Lebensqualität und die soziale Stabilität der Nachbarschaft langfristig und nachhaltig verbessern.

Die Koordination der Maßnahmen soll über ein Stadtteilbüro (Stadtteilmanagement mit Handlungskonzeptumsetzung) und ein Wohn-Quartiersmanagement (für den Geschosswohnungsbau) erfolgen.

Örtliche Akteure

Es gibt in Deininghausen Bürger und Initiativen, die bereit sind, durch persönlichen Einsatz und Mitarbeit in Projekten und Maßnahmen, die gegenwärtigen Probleme zu überwinden.

Einige dieser Initiativen seien hier genannt:

- Stadtteilinitiative Deininghausen (heute gemeinütziger Bürgerverein Deininghausen e.V.)
- problemorientierte Arbeitskreise wie „Schule und Soziales“, „Wohnen und Wohnumfeld“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ im Rahmen der nachhaltigen Stadtteilagenda
- eine „verwaltungsinterne Arbeitsgruppe Deininghausen“ begleitete den Agenda-Prozess
- AWO-Kindergarten und Schulen (Ganztags-Grundschule und Hans-Christian-Andersen Schule für Sprachbehinderte) als Anlaufstellen und Partner für Eltern und Schüler
- die Kirchengemeinden
- die Caritas (AussiedlerInnenbetreuung)

- Mitarbeit des zuständigen Ortsvereins der SPD (Organisation von Veranstaltungen wie z.B. Stadtfest, Adventmarkt etc.)
- Wohnungsbauunternehmen GEWO (LEG) und Viterra
- das Jugendzentrum D. ist Anlaufpunkt für Kinder und Jugendliche zur sinnvollen Freizeitgestaltung und Problembewältigung
- KVR Ruhrgrün, MURL und Ganztags-Grundschule (Wald- / grünes Klassenzimmer-Projekt)
- AGORA Jugendkultur Club

Geschichte und Struktur des Stadtteils

Die Anfänge der Entwicklung des Stadtteils Deininghausen, gehen vermutlich auf eine in der altsächsischen Zeit (500-800) liegende Siedlungsentwicklung auf der ausgedehnten östlichen Emscher-Randplatte zwischen Grutholz und Emschertal zurück. Bereits um 1150 wird die Siedlung im Werdener Heberegister erwähnt.

Um 1900 bestand Deininghausen aus 28 Häusern mit 206 Einwohnern. 1965 lag die Einwohnerzahl noch bei 297.

Am Rande dieses primär durch Einzelgehöfte charakterisierten Siedlungsraumes entstand ab 1965 eine für diesen Zeitraum typische Stadtrandgroßsiedlung für gut 3000 Einwohner mit sozialem Geschosswohnungsbau und Infrastruktureinrichtungen im Zentrumskern sowie umgebender Einfamilienhausbebauung.

Bereits zum Jahresende 1967 hatte Deininghausen einen Bevölkerungsstand von 2846 Personen, der bis 1969 auf insgesamt 3217 Personen anstieg und danach, auch als Folge der sich bereits am Ende der fünfziger Jahre abzeichnenden Kohlenkrise, kontinuierlich bis auf das heutige Niveau von rd. 2200 Einwohnern zurück ging.

In den sozialgebunden Wohnungen leben nur noch wenige Erstmieter. Diese leben meist in stabilen Lebenslagen. Um ein weiteres Fortziehen dieser Mieter zu vermeiden, wurde Ende 2002 die Fehlbelegungsabgabe ausgesetzt. Die Wohnzufriedenheit dieser Mieter leidet jedoch zunehmend an den überforderten Nachbarschaften.

Ursache ist eine zunehmende räumliche Konzentration von sozial benachteiligten BewohnerInnengruppen, gekennzeichnet durch Segregation und homogene Belegungsstrukturen. Im sozialen Wohnungsbau der 60er Jahre konzentrieren sich zunehmend mehr MigrantenInnen und arme Bevölkerungsgruppen. In Deininghausen ist dies charakterisiert durch die Gruppen:

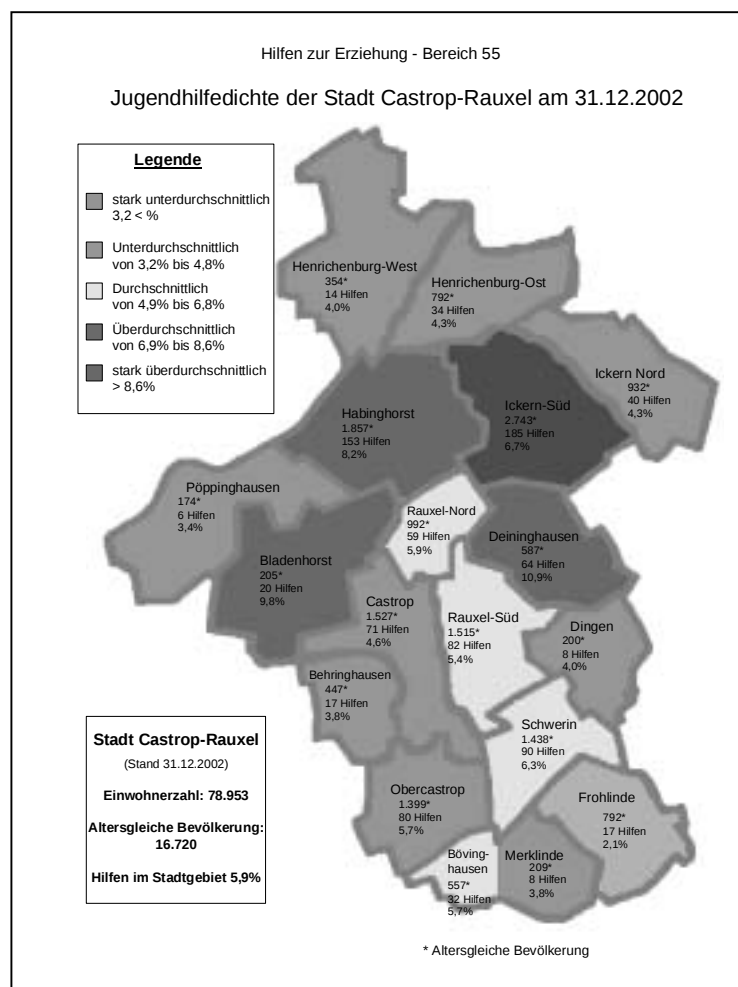
- AussiedlerInnen
- AusländerInnen
- SozialhilfeempfängerInnen
- Arbeitslose

In den unattraktiven Wohnungsbeständen der Viterra Wohnen (seit Anfang 2004 ist die MIRA Grundstücksgesellschaft neuer Wohnungseigentümer) findet seit geraumer Zeit ein sogenannter Filtering-down-Prozess statt. Durch den verstärkten Zuzug von sozialen Problemgruppen kommt es zu sozialen Spannungen und einem anonymen und stigmatisierten Wohnumfeld; hohe Fluktuation in Verbindung mit einem verstärkten Wegzug von deutscher Bevölkerung sind die Folge. Wer es sich finanziell leisten kann, zieht hier bald wieder aus.

Der in der Stadtrandlage befindliche Stadtteil wird zum städtischen Sammelbecken für benachteiligte BürgerInnen. Typischerweise ist auch hier die Kinder- und Jugendarmut überdurchschnittlich hoch. Immer wieder wird Deininghausen in der Presse stigmatisiert. In der Stadt, in den Schulen und im Bewusstsein vieler Castrop-Rauxeler hat Deininghausen ein negatives Image. Hier zieht man nicht hin. Auch der Standortfaktor „schöne Lage im Grünen“ kann das negative Gesamtbild nicht kompensieren.

Im unmittelbaren Anschluss an den Geschosswohnungsbau gruppieren sich die Ein- und Zweifamilienhäuser aus den 60er Jahren. Diese wirken gepflegt. Dem Wohntyp entsprechend ist die Bevölkerungsfluktuation hier äußerst gering und der demographische Entwicklungsprozess normal. In den nächsten Jahren wird es hier einen zunehmenden Anteil von Seniorenhaushalten geben, für den der Stadtteil heute noch keine bedürfnisgerechte Infrastruktur bereit hält.

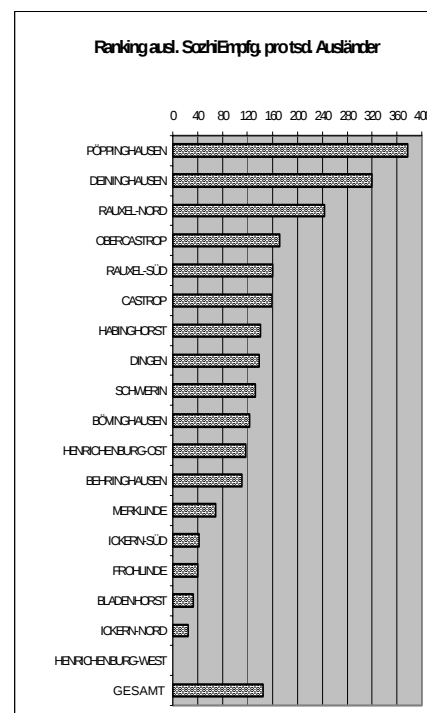
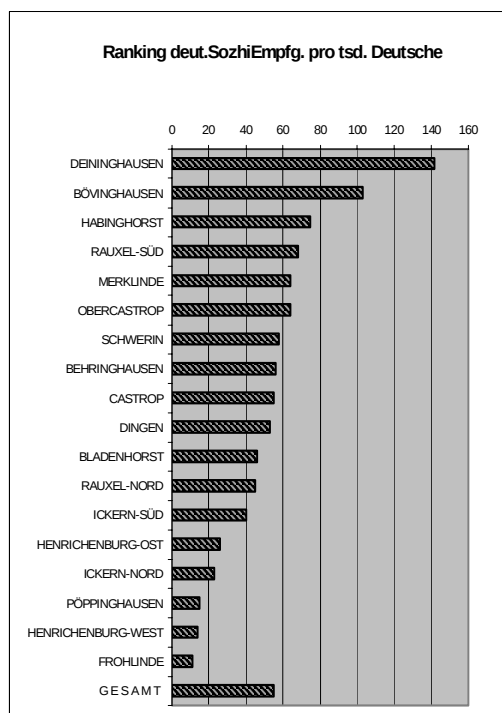
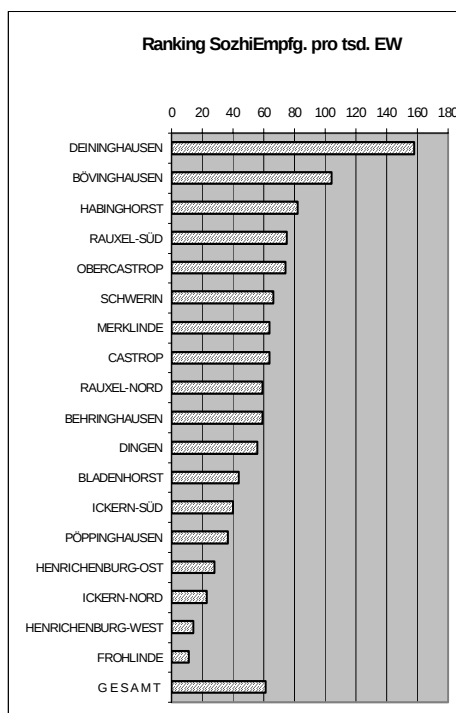
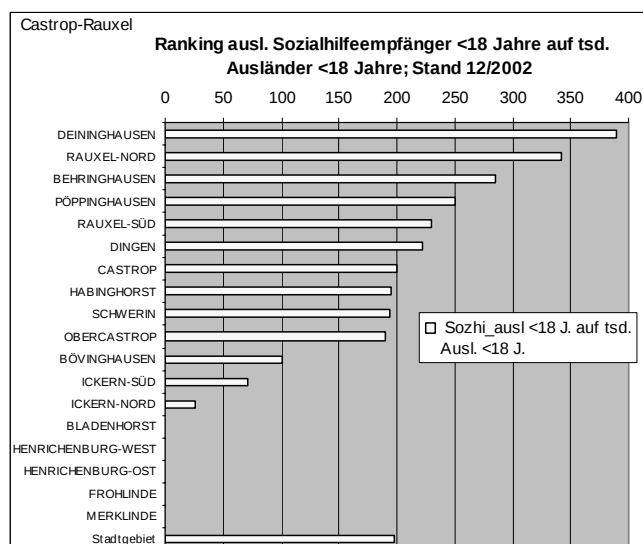
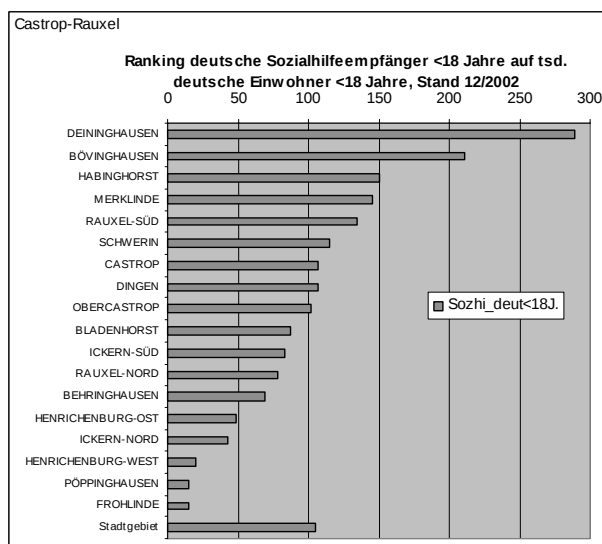
Auszugsweise Wiedergabe der Ergebnisse einer vergleichenden Sozialraumanalyse im Rahmen des Lokalen Agenda 21-Prozesses "Nachhaltige Stadtteilentwicklung Deininghausen"



Sozialhilfeempfänger (Gesamt / Deutsche / Ausländer) 12/ 2002 nach statistischen Bezirken

Quelle: Kreis RE; BSHG gesamt und eigene Berechnung

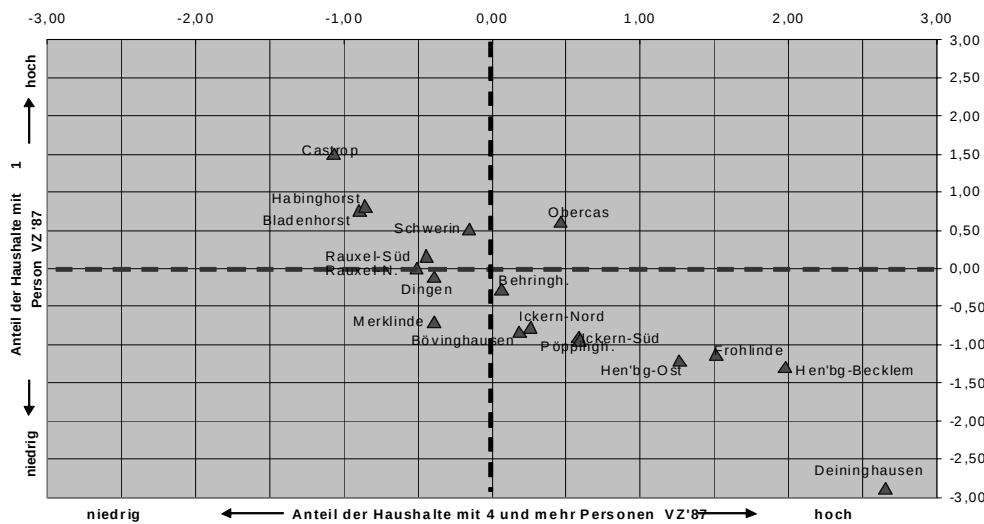
Sozialhilfeempfänger										
Statistische Bezirke		insge- sam	davon		Ausländer		SozhiEmpfg pro tsd.EW	deut.Sozhi Empfg pro tsd. deutsche EW	ausl.Sozhi Empfg pro tsd. Ausländer	Sozhi- Anteil in % der Bev.
			abs.	i.% v. Sp.D	abs.	i.% v. Sp.D				
101	BEHRINGHAUSEN	110	101	91,8	9	8,2	59	56	111	5,91
104	CASTROP	560	459	82,0	101	18,0	64	55	159	6,39
105	DEININGHAUSEN	351	286	81,5	65	18,5	158	142	319	15,79
106	DINGEN	54	49	90,7	5	9,3	57	53	139	5,67
114	RAUXEL-NORD	286	197	68,9	89	31,1	59	45	243	5,87
115	RAUXEL-SÜD	526	446	84,8	80	15,2	75	68	160	7,46
202	BLADENHORST	55	53	96,4	2	3,6	44	46	33	4,39
208	HABINGHORST	749	603	80,5	146	19,5	82	75	141	8,19
209	ICKERN-NORD	93	89	95,7	4	4,3	23	23	25	2,27
210	ICKERN-SÜD	507	469	92,5	38	7,5	40	40	42	4,02
213	PÖPPINGHAUSEN	32	12	37,5	20	62,5	37	15	377	3,74
217	HENRICHBURG-WEST	22	22	100,0	0	0,0	14	14	0	1,42
218	HENRICHBURG-OST	109	95	87,2	14	12,8	28	26	117	2,83
303	BÖVINGHAUSEN	267	238	89,1	29	10,9	104	103	123	10,42
307	FROHLINDE	37	35	94,6	2	5,4	11	11	40	1,10
311	MERKLINDE	73	71	97,3	2	2,7	64	64	69	6,55
312	OBERCASTROP	462	356	77,1	106	22,9	74	64	172	7,44
316	SCHWERIN	442	343	77,6	99	22,4	67	58	133	6,65
ohne räuml. Zuordnung		108	71	65,7	37	34,3	-	-		
STADTGEBIET		4843	3995	82,5	848	17,5	61	55	145	6,13



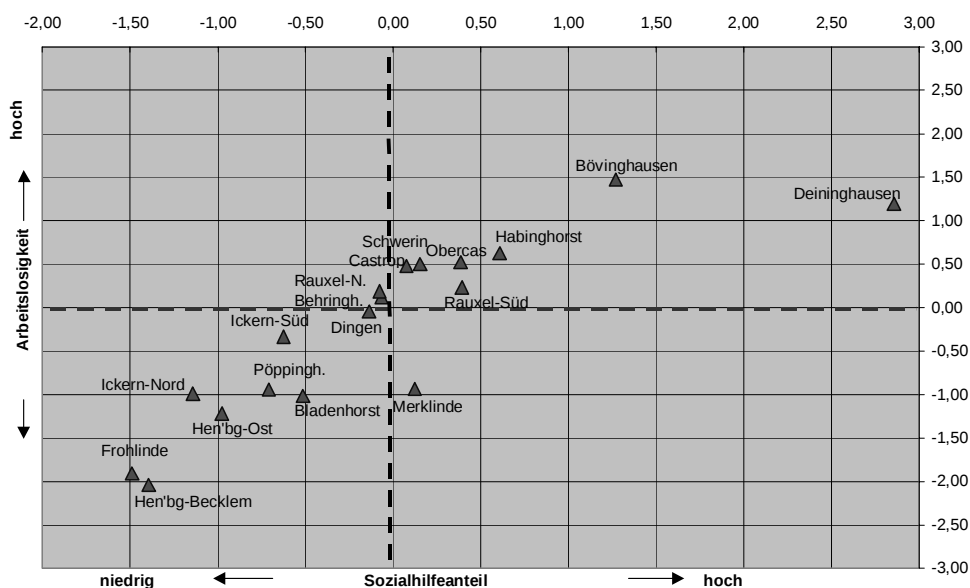
Sozialraumdiagramm

Fakt	In Deininghausen ist der Anteil der 1 Personenhaushalte extrem niedrig, der Anteil der Haushalte mit 4 und mehr Personen hingegen überdurchschnittlich hoch.
Interpretation	Hier leben viele arme Familien in den großen Sozialwohnungen. Viele Familien benötigen externe Hilfe und Hilfe zur Selbsthilfe.
Problematik	Teilweise Vernachlässigung der Kinder und Jugendlichen, Symptome: Defizite in der Grundschule, Verhaltensauffälligkeiten, Hunger, Sprachdefizite, motorische Störungen, Vandalismus nimmt zu (Zeitungsbericht über Vandalismus in der Schule)
Handlungsbedarf	sehr hoch / kurzfristig / mittelfristig Soziales Frühwarnsystem, Familienhilfe, diverse Maßnahmen

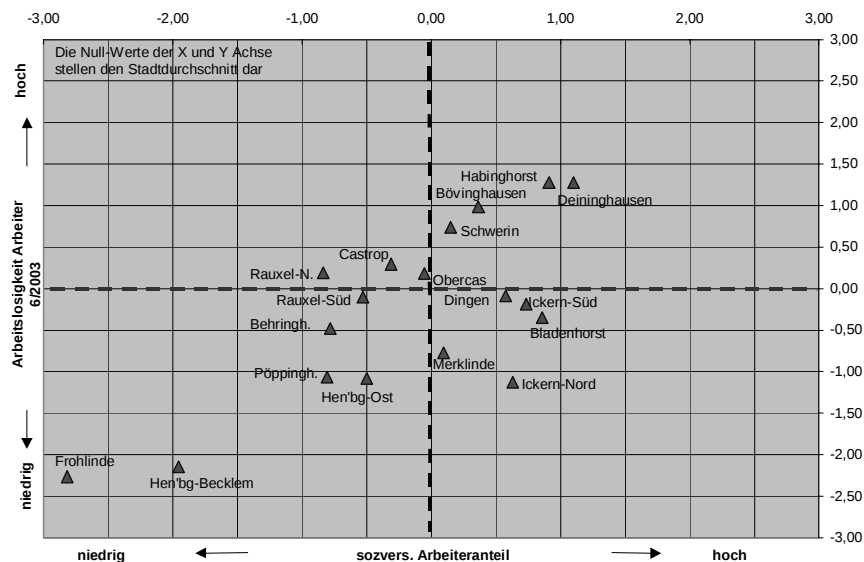
Sozialraumdiagramm statistische Bezirke der Stadt Castrop-Rauxel auf der Basis der 1 sowie 4 und mehr Personenhaushalte Stand: VZ 1987



Sozialraumdiagramm statistische Bezirke der Stadt Castrop-Rauxel auf der Basis der Arbeitslosigkeit und des Sozialhilfeanteils; Stand: 12/2002



Sozialraumdiagramm statistische Bezirke der Stadt Castrop-Rauxel auf der Basis des sozvers. Arbeiteranteils und der Arbeitslosigkeit, Stand: 12/2002 und 6/2003

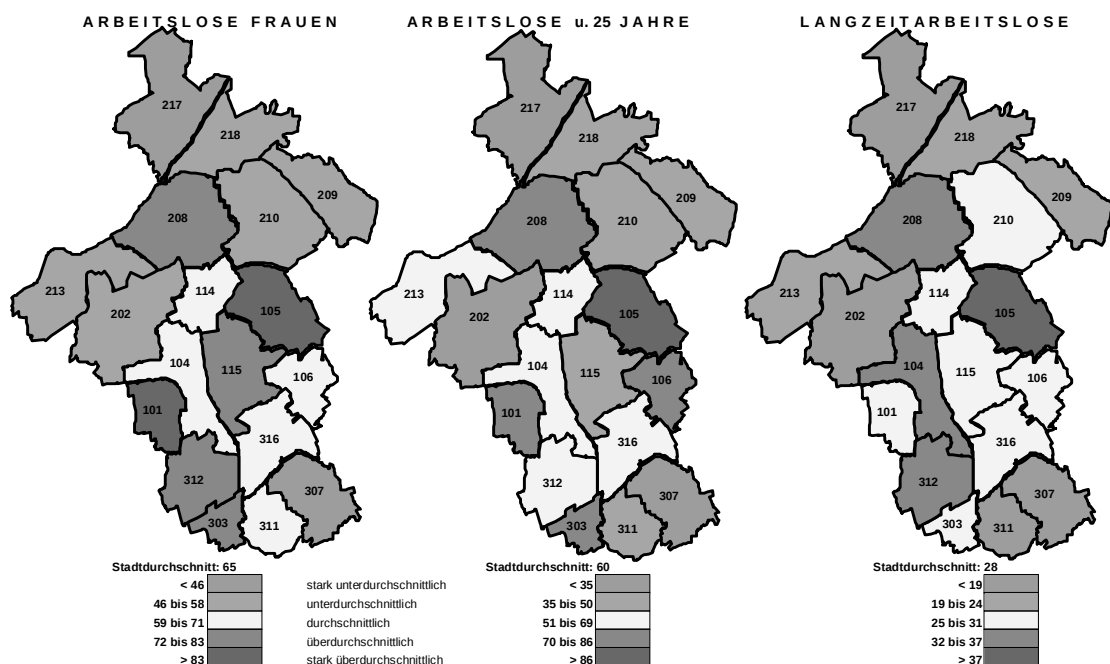


Arbeitslosigkeit	
Fakt	Die Arbeitslosigkeit ist in Deininghausen überdurchschnittlich hoch.
Interpretation	Die Detailauswertung zeigt 3 besondere Auffälligkeiten: höchste Arbeitslosigkeit in der Stadt Castrop-Rauxel - bei Frauen, - unter 25 Jährigen und - höchster Anteil Langzeitarbeitslose
Problematik	Langzeitarbeitslose Gruppen prägen mehr und mehr das Bild des Orts- teils, junge Arbeitslose sind häufiger gefährdet, ihre Frustration in Depres- sion, Suchtverhalten oder auch in Vandalismus auszudrücken. Hohe Sozi- alkosten durch Arbeitslosigkeit.
Handlungsbedarf	sehr hoch / kurzfristig /mittelfristig / langfristig Bedarf nach Hilfe zur beruflichen Integration und zum Teil auch zur per- sönlichen Lebenssituation

Räumliche Disparitäten der Arbeitslosigkeit in Castrop-Rauxel, Stand 12 / 2002

Indikator: Arbeitslose bezogen auf jeweils 1000 Einwohner von 15 bis < 65 Jahren bzw. < 25 Jahren

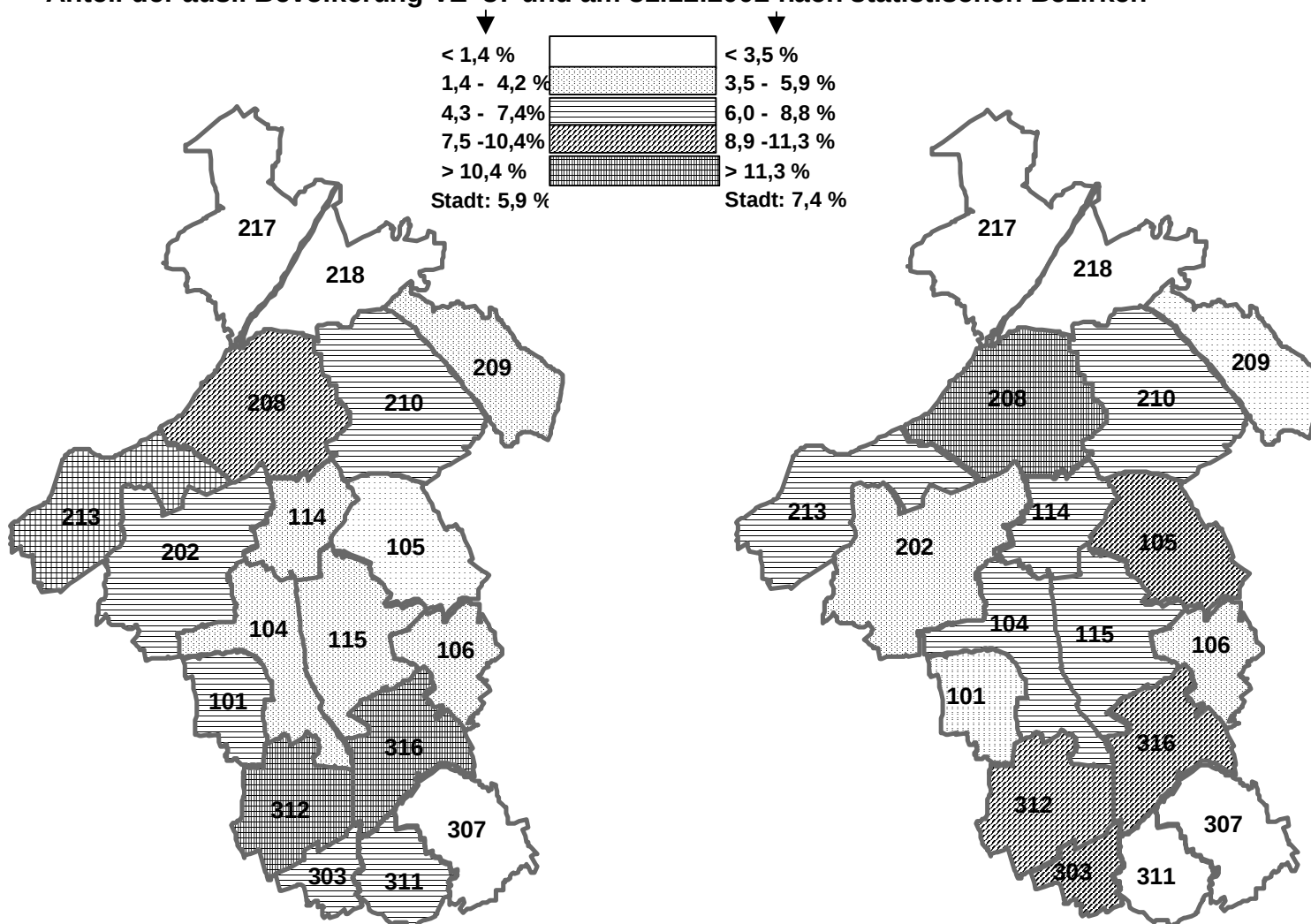
Quelle: AA Recklinghausen; Strukturdaten BfA und eigene Berechnung



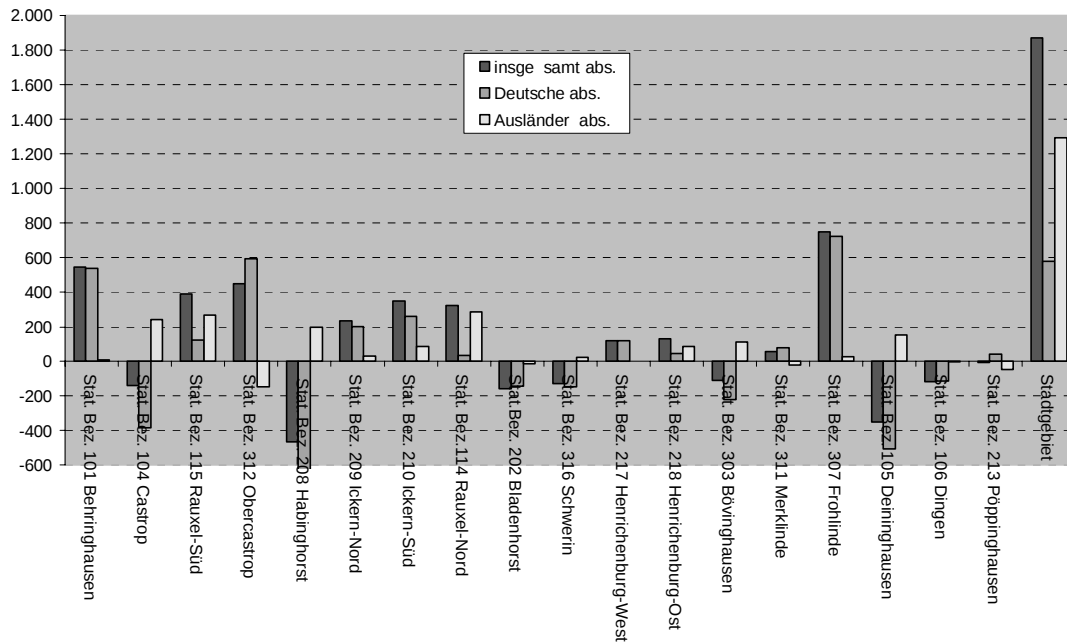
Dynamik der AusländerInnen- /AussiedlerInnenentwicklung

Fakt	Der Ausländeranteil mit Migrationshintergrund und das Aussiedleraufkommen haben in Deininghausen seit 1997 überproportional zugenommen. Auch in 2003 verzeichnete Deininghausen die prozentual höchste Ausländerzunahme während die Entwicklung in den anderen Stadtteilen i.d.R. rückläufig war.
Interpretation	Mitpreisgünstiger Wohnraum für arme bzw. sozialschwache Bevölkerungsgruppen aber auch Unterbringungsmöglichkeiten im Rahmen der Wohnungssicherungsversorgung
Problematik	soziale Spannungen, überforderte Nachbarschaften, Wegzug der deutschen Bevölkerung, einseitige Sozialstruktur, Wohnungsleerstände, städtebaulicher Erneuerungsbedarf
Handlungsbedarf	sehr hoch, Abbau der Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen und Gewährleistung einer sozialen Durchmischung durch strategisch abgestimmte Neuausrichtung der zukünftigen Wohnungsbelegung zwischen Stadt und Wohnungsgesellschaften

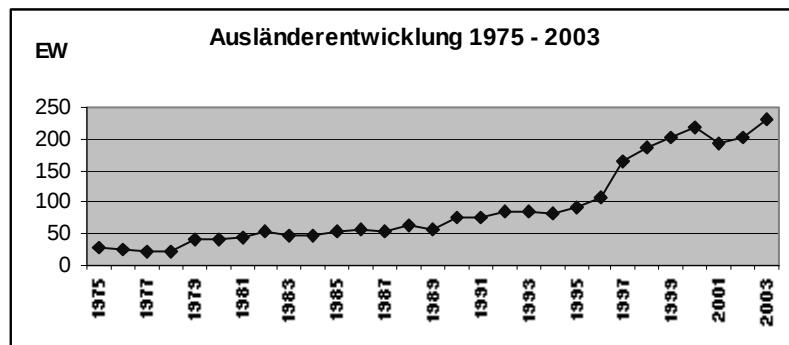
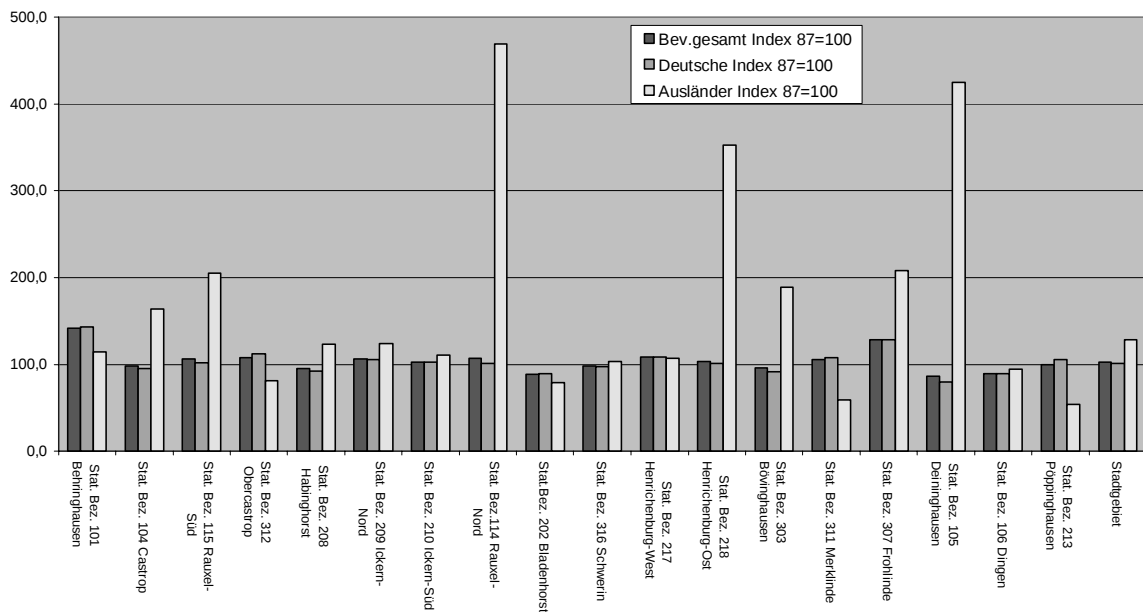
Anteil der ausl. Bevölkerung VZ '87 und am 31.12.2002 nach statistischen Bezirken



Veränderung der Wohnbevölkerung (Gesamt / Deutsche / Ausländer) in den statistischen Bezirken von der VZ'87 bis 2002 - Absolutwerte



Veränderung der Wohnbevölkerung (Gesamt / Deutsche / Ausländer) in den statistischen Bezirken von der VZ '87 bis 2002 als Index



Fahrzeugbestand /ÖPNV

Fakt	Der Fahrzeugbestand ist mit 0,45 Kfz je EW (Stadtgebiet 0,48 Kfz je EW) unterdurchschnittlich; bezogen auf die Einwohneraltersgruppe < 14 Jahre mit 2,9 Kfz je EW im Vergleich zum Stadtgebiet (4,2 Kfz je EW) sogar stark unterdurchschnittlich
Interpretation	Zeichen für sehr geringe Durchschnittseinkommen
Problematik	Bewohner sind auf Einkaufsmöglichkeiten für Frischprodukte im Stadtteil angewiesen, da ihnen außer dem ÖPNV ein Fahrzeug für Einkäufe außerhalb des Stadtteils i.d.R. fehlt
Handlungsbedarf	Erhalt des Einzelhandels, für den täglichen Bedarf und Schaffung eines ausreichenden ÖPNV Angebots . Von Mo-Fr 5:00-19:35 Uhr besteht derzeit ein 30 Minuten-Takt; bis 22:35 ein 60 Minuten-Takt

Lokale Sicherheit und Kriminalitätslage

Fakt	Die registrierte Kriminalität ist (noch) unter dem Durchschnitt der Stadt Castrop-Rauxel, aber der Vandalismus nimmt massiv zu. Das gleiche gilt für Ordnungsstörungen. Müll, undurchsichtige Aktivitäten in Garagenhöfen, Drogenkonsumverstecke vor der Schule, Farbschmierereien
Interpretation	Großes Dunkelfeld (geringes Anzeigeverhalten; massiver Vandalismus und widerkehrende Ordnungswidrigkeiten) Niedergang: Broken Windows, unbelebter Platz, Unsicherheit
Problematik	Ständig hohe Kosten zur Beseitigung von Vandalismusschäden und Einbrüche in die Schule
Handlungsbedarf	sehr hoch / kurzfristig / mittelfristig Aufbau eines integrierten Präventionskonzepts

Bevölkerungsstruktur des Stadtteils Deininghausen nach Staatsangehörigkeit

Stand: 29.02.2004

2.172 Einwohner insgesamt, davon:

1.691 (77,8%) Deutsche mit einer Staatsangehörigkeit

252 (11,6%) Deutsche mit zweiter Staatsangehörigkeit

229 (10,5%) Ausländer

481 (22,2%) "naturalisierte Ausländer" (=252 Deutsche und 229 Ausländer)

Die 252 Deutschen mit zweiter Staatsangehörigkeit sind überwiegend Aussiedler aus:

Polen	72
Russ. Förder.	69
Sowjetunion	1
Kasachstan	28
Kirgistan	25
Rumänien	3
Turmenistan	1
Lettland	1

Die 229 Ausländer sind nach ihrer Staatsangehörigkeit aus

Türkei	81	35,4%	Marokko	10	4,4%
Griechenland	27	11,8%	Irak	8	3,5%
Jugoslawien	15	6,6%	Kasachstan	5	2,2%
Russ. Förder.	14	6,1%	Polen	5	2,2%
Kirgistan	12	5,2%	Kuba	3	1,3%
Bosnien-Herz.	10	4,4%	Lettland	2	0,9%
Libanon	10	4,4%	Sonstige	27	11,8%

Bevölkerungsstruktur im Innenbereich von Deininghausen (Geschosswohnungsbau) nach Staatsangehörigkeit

Stand: 29.02.2004

1.389 Einwohner im sozialen Geschosswohnungsbau, davon:

925 (66,6%) Deutsche mit einer Staatsbürgerschaft, darunter 2 von vorher Wartburgstr. 18

240 (17,3%) Deutsche mit zweiter anderer Staatsbürgerschaft, davon:

69 Russische Föd.	16 Marokko
66 Polen	6 Jugoslawien
26 Kasachstan	5 Griechenland
25 Kirgistan	11 Türkei, davon 10 Kinder
1 Sowjetunion	14 Sonstige
1 Turmenistan	

65 (27,1%) Bewohner waren vorher in Wartburgstr.18 / Harkortstr. 1 untergebracht

224 (16,1%) Ausländer, davon:

81 Türkei	5 Kasachstan
26 Griechenland	4 Angola
15 Jugoslawien	2 Makedonien
14 Russische Föd.	2 Lettland
12 Kirgistan	3 Kuba
10 Marokko	2 Polen
10 Libanon	2 Sri Lanka
10 Bosnien Herzegowina	2 Niederlande
8 Irak	10 Sonstige
6 Italien	

15 (6,7%) Bewohner waren vorher in Wartburgstr. 18 untergebracht

**5,9 % der Bewohner des Geschosswohnungsbaues bzw. 17,7 % des Personenkreises
"Deutsche mit zweiter Staatsangehörigkeit" und "Ausländer" sind innerstädtisch
aus Übergangsheimen nach Deininghausen zugezogen!**

Ziele, Handlungsfelder, Projekte und Maßnahmen

Ziele

- **Verbesserung der physischen Wohn- und Lebensbedingungen**
(baulich- investive auf Gebäude, Wohnumfeld und öffentliche Räume bezogene Projekte und Maßnahmen)
- **Verbesserung der individuellen Lebenschancen**
(durch Vermittlung von Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten; Hilfe zur Selbsthilfe)
- **Verbesserung der Integration und Vernetzung**
(Maßnahmen und Projekte zur Vermittlung in den Arbeitsmarkt, zur Verbesserung des Stadtteillebens)

Handlungsfelder mit Projekten und Maßnahmen

Die im Jahre 2003 bereits durchgeführte Bürgerbeteiligung gibt erste Hinweise auf zielgerechte Arbeitsfelder zukünftiger Stadtteilarbeit in Deininghausen:

1. Qualifizierung und Arbeit / gleiche Bildungschancen sichern

- Ausschöpfung kommunaler Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung
- Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen gemeinnütziger Arbeit, auch über das Jahr 2005 hinaus zwecks:
 - Stadtbildpflege
 - Durchführung von Stadtteilprojekten
 - Durchführung von selbst formulierten Stadtteilaufgaben (z. B. Übernahme des Wildgeheges)
 - Einkaufsservice für Senioren
- Mobilitätstraining (mental und physisch) zwecks beruflicher Orientierung in andere Stadtteile / Städte
- Hilfestellung bei Fragen zur Bewerbung und Arbeitssuche
- Unterstützung von Beratungsangeboten zur Existenzgründung
- Vernetzung der Angebote zur Berufswahlorientierung und Weiterbildung in Kooperation mit der Agentur für Arbeit über das Berufsbildungszentrum Dingen (Zugangsvoraussetzungen bei den Jugendlichen für die Ausbildungsplatzsuche verbessern: Nachhilfe, Sprachförderung, technisch-mathematische und soziale Kompetenzen stärken, Verhaltenstraining, EDV-Training, Bewerbungstraining)

Personalkosten: 35.000 € pro Jahr für fünf Jahre = 175.000 € (Fachkraft, sozial erfahren, handwerklich geschickt und mit Einfühlungsvermögen im Umgang mit Problemgruppen)

Sachkosten: 5.000 € für fünf Jahre = 25.000 €

Gesamtkosten: 200.000 €

2. Verbesserung der Wohn(ungs)qualität und des Wohnumfeldes

- Bestandspflege / -verbesserung und Wohnungsmanagement

Nach dem Verkauf des Wohnungsbestandes der Viterra Wohnen AG an die MIRA Grundstücksgesellschaft wird es zunächst darauf ankommen, in Gesprächen mit der MIRA den strategischen Umgang mit dem übernommenen Wohnungsbestand in Bezug auf Teilprivatisierungs- bzw. Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen abzuklären und dabei die Notwendigkeit eines konsequenten Wohnungsbelegungsmanagements zum Abbau des zwischenzeitlich nicht mehr sozialverträglichen Anteils von benachteiligten und sozialschwachen Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Aussiedlern sowie Ausländern mit Migrationshintergrund, als wichtigsten Handlungsansatz zur Wiederherstellung einer sozialen Mischung, zur Verbesserung der Identifikation der Bewohner mit ihrem Ortsteil und zum Abbau des schlechten Images von Deininghausen als lebenswerter Wohn- und Zuzugsstandort, heraus zu stellen.

Maßnahme: Erarbeitung eines zwischen Stadt und Wohnungsunternehmen abgestimmten Wohnungsbelegungsmanagements

- Bauliche Entwicklungsmöglichkeiten

Nutzung zur Verfügung stehender Baugrundstücke (Prüfung zur Schaffung von Seniorenwohnungen oder Wohnraum in familiengerechten Eigenheimen und Wohnungen mit den Stadtteilbeteiligten)

- Verbesserung der Wohnumfeldqualität

Seit dem Bau der Siedlung Deininghausen haben kaum Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen des Wohnumfeldes stattgefunden. Das Wohnumfeld verfügt über sogenanntes Abstandsgrün und ist unattraktiv und wenig nutzerfreundlich. Hier könnten insbesondere die Grünflächen im Geschosswohnungsbau für Familien mit Kleinkindern interessant angelegt werden und mehr Privatheit erfahren. Ähnlich wie bei der GEWO sollte eine zeitgemäße und für die Mieter positive Gestaltung der Grünflächen bei den Beständen der MIRA erfolgen

- Aufwertung und Belebung des öffentlichen Platzes im Einkaufszentrum

Hier haben BewohnerInnen bereits im Sommer 2003 während eines Workshop erste Ideen für die Aufwertung mit den StadtplanerInnen erarbeitet. Ausführungsfertige Ergebnisse liegen vor. Abstimmungsgespräche mit der Eigentümergemeinschaft zur Projektumsetzung sind angelaufen.

Gesamtkosten: ca. 48.000 €

- Grün- und Spielflächen

Ökologische Aufwertung der Grünflächen im Bereich des Geschosswohnungsbaues. Langweiliges Abstandsgrün gilt es attraktiv zu gestalten und die BewohnerInnen über Patenschaften in die Pflege einzubeziehen.

Auf Grund der sehr jungen Altersstruktur im Stadtteil sollten die Spielflächen zeitnah im direkten Wohnumfeld altersgerecht gestaltet, ergänzt und gepflegt werden.

Für Jungen und Mädchen sind entsprechende Spielmöglichkeiten zu berücksichtigen (Bolzplätze und auch wohnungsnahe Spielorte für Mädchen).

Auch für Jugendliche Cliques gilt es ausreichend wettergeschützte Treffpunkte im öffentlichen Raum anzubieten. Hier kommt auch der Schulhof in Betracht.

Alle Maßnahmen sollen u.a. mit Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen durchgeführt werden. Es wird angestrebt Patenschaften zu vergeben, um soziale Verantwortung vor Ort zu verbessern und um das hohe Vandalismusaufkommen zu reduzieren.

Gesamtkosten: ca. 72.500 €

- Wegesicherheit

Öffentliche Wege sind an einigen Stellen sicherer und attraktiver zu gestalten (Beleuchtung, Bänke; Papierkörbe, behindertengerecht). Die Ausschilderung und Orientierung im Stadtteil ist mittels Wegweisern und Schildern (z.B. des Platzes und der Schulen) zu verbessern

Gesamtkosten: ca. 10.000 €

3. Bildung und Kultur im Zusammenleben fördern

(1) Schulen und Kindergarten im Stadtteil

Die offene Ganztagschule wurde bereits im Herbst 2003 eingeführt und soll Familien und Kinder unterstützen und an den Nachmittagen entlasten. Hier gibt es jedoch noch weitere Entwicklungsmöglichkeiten und Verbesserungsbedarf:

- Es sind mehr qualifizierte LehrerInnen in den Klassen für die erfolgreiche Bildungsarbeit erforderlich, die Klassen müssen kleiner werden
- Kooperation im sozialen Frühwarnsystem
- Es sind professionelle Kräfte statt reiner Honorarkräfte zur Qualitätssteigerung erforderlich!
- Öffnung zur Stadtteilschule: Öffnung der Schule für den Stadtteil soll weiter voranschreiten
- Eltern sollen mehr eingebunden werden (Qualifizierung von Müttern, etc.)
- Eventuell Freizeitangebote am Abend in der Schule
- Schulhofaufwertung für ein ganzheitliches Schulkonzept (Ein von Lehrerschaft, SchülerInnen und Eltern in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erarbeitetes Konzept zur Schulhofumgestaltung liegt vor)

⇒ ⇒ **Gesamtkosten: 265.000 €**

Beide Schulen können bei entsprechender personeller Ausstattung zum wesentlichen Gelingen der sozialen und gemeinschaftlichen Aufschwungs im Stadtteil beitragen und bedürfen einer gesicherten Unterstützung mit ausreichend qualifiziertem Personal (junge LehrerInnen).

- Schulen und Kindergarten sollten Ort für Gesundheitsprävention werden. Dazu bedarf es der Unterstützung. Früherkennungsprogramme von Sprachproblemen, Fehlernährung und Vernachlässigung können hier erkannt und behandelt werden (Nutzung der bestehenden Informations- und Beratungsangebote z.B. Krankenkassen / Gesundheitsamt, Logopädie-, Ergotherapiepraxen)

⇒ ⇒ **Gesamtkosten: 10.000 € für fünf Jahre**

Im Hinblick auf die große Zahl von Aussiedlern bzw. von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund müssen folgende Bereiche vordringlich abgedeckt werden:

- Sprachförderung im Kindergarten, gemäß den Richtlinien für Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich
- Förderung für Schulanfänger
 - Sprachförderung in der Grundschule gem. den Richtlinien für Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich
 - Möglichkeiten zur Ergotherapie im Ortsteil
 - Möglichkeiten zur Logopädie im Ortsteil

(2) Ergänzende Aktionsfelder

Die wenigen vorhandenen Angebote im Stadtteil werden von den beiden Schulen, dem Kindergarten, der Kirchengemeinde und dem Zentrum D initiiert.

Diese Angebote erreichen aber nur einen Teil des benachteiligten Personenkreises. Wegen der vielen Spätaussiedler- und Migrantenfamilien, muss ermittelt werden, ob und wo der Bedarf besteht, sich kulturell zu engagieren.

Hierfür ist die Einrichtung einer Koordinierungs-/ Anlaufstelle (Stadtteilbüro) im Ortsteil ein Handlungsansatz.

Weitere differenzierte Maßnahmen sind:

- Förderangebote, um Schulabschlüsse älterer Kinder vorzubereiten ⇒ **Honorarkosten pro Jahr: 4.160 €**
- Spezielle Angebote für benachteiligte Mädchen ⇒ **Honorarkosten pro Jahr: 1.600 €**
- Antigewalttraining (Mediation, Konflikttraining, etc.) ⇒ **Honorarkosten pro Jahr: 800 €**
- Elternführerschein /Triple P ⇒ **Honorarkosten pro Jahr: 4.000 €**
- Mutter und Kind Gruppen
- Krabbelgruppen
- Sportangebote intensivieren, Sportvereine ansprechen, damit Jugendliche in Sportvereine integriert werden.
- Kochkurse, Mütterfrühstück, Musikgruppen
- Organisation von Leseveranstaltungen für Kinder und Eltern
- Gemeinsame Ausflüge (bereits in der OGTS installiert), gegenseitige Kinderbetreuung für Familien und allein Erziehende ⇒ **Honorarkosten pro Jahr: 2.800 €**
- Theater- und Videowerkstatt
- Werkstatt für Öffentlichkeitsarbeit
- SeniorInnenTreff (z.Zt. Angebot durch die ev. Kirchengemeinde) Im übrigen steht das Raumangebot der Kirche den stadtteilaktiven Gruppen zur Verfügung

Gesamthonorarkosten lfd. Nr.(2) für fünf Jahre: 66.800 €

4. Integration von Migranten/Migrantinnen fördern

- Sprachförderung bereits im Kindergarten (siehe auch Pkt. 3(1))
- Zielgruppenorientiertes Angebot an Sprachkursen, z.B. für Eltern bzw. Mütter in vertrauten Räumen wie Kindergarten oder Schule.
- Koordinations- und Anlaufstelle für Migranten im Stadtteil (s. Pkt. 3(2) und 7(1))
- Werbung für den Besuch von Kindergärten (durch mehrsprachige Infoblätter und durch Zusammenarbeit z. B. mit Selbstorganisationen von Migranten)
- Partizipative Erarbeitung von Integrationskonzepten

Honorarkosten : 6.000 € pro Jahr über fünf Jahre ⇒ 30.000 €

Um auch in den nächsten Jahren ein friedliches Zusammenleben der BewohnerInnen in der Nachbarschaft zu erzielen, sollen verschiedene niedrigschwellige Formen des Miteinanders ausprobiert werden:

- Lebendige Sprachförderung durch Gesprächskreise für alle Altersgruppen,
- Angebote für Mädchen und Jungen getrennt,
- Angebote speziell für russische Kinder und Jugendliche in Zusammenarbeit mit dem BMI-Projekt AGORA Jugendkultur Club
- Müttertreffs,
- Stadtteilschule als Treffpunkt von Kindern und Eltern,
- selbstorganisierte Kinderbetreuung und gemeinsame Kinderfeste,
- Nachbarschaftsfeste, Mittagstisch, internationale Kochabende,
- Konflikttraining, Teamsportangebote, Suchtprävention, Gesundheitstreffs

5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

- Durch Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern
 - Ausweitung des Kindergartenangebotes vor allem für Kinder unter drei Jahren
 - Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen von Jugendhilfe und Schule
 - Ausbildung von „Nachbarschaftsmüttern“ als Multiplikatoren für Kindergärten
 - Einbeziehung von Eltern in die Planungen
- Gründung einer Freiwilligenagentur in Kooperation mit der Caritas e.V., die schon aktiv im Stadtteil ist mit folgenden denkbaren Angeboten:
 - Mittagsangebote
 - Betreuungsangebote für Kinder, ältere Leute.
 - Dienstleistungsangebote (Einkäufe, Besorgungen)
 - Angebot zum Nachhilfeunterricht für SchülerInnen

Personal- und Sachkosten Angebote Caritas für fünf Jahre zu

10 Wochenstunden = 12.230 € pro Jahr und Sachkosten 3000 € pro Jahr =>

66.200 €

6. Förderung von Sicherheit im öffentlichen Raum

- Ausschöpfung der ordnungsbehördlichen Möglichkeiten durch städtische Ordnungsbehörde und Polizei
 - Kontrollen an Wochenenden, Feiertagen, in den Abendstunden
 - Kontrollen und Unterbindung von umweltgefährdenden Handlungen (Entsorgung / Lagerung) im privaten Kfz-Bereich
- Aufbau eines integrierten Präventionskonzeptes in Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein, den Schulen, dem Jugendzentrum, der Erziehungsberatungsstelle des Kreises, der Ordnungsbehörde und der Polizei
- Erhöhung der Sicherheit auf den öffentlichen Wegen (siehe Pkt. 2)

7. Soziale und kulturelle Infrastrukturorganisation

1. Einrichtung eines Stadtteilbüros mit fachlicher personeller Ausstattung

Wenn eine wohnortnahe Strategie umgesetzt werden soll, muss es vor Ort ein Servicebüro für die BewohnerInnen und Räumlichkeiten geben. Dies sollte an mehreren Tagen in der Woche besetzt sein. In diesem Büro sollten

- Stadtteilmanager und andere Kräfte (Familienhilfe, Sozialarbeit, Verwaltungskraft und möglichst auch der "Wohnquartiersmanager") Platz finden für Gespräche, Beratung und Projektbetreuung.
- Hier sollen partizipativ, maßgeschneiderte Lösungen erarbeitet werden.
- Von hier aus sollen BewohnerInnen angesprochen und aktiviert werden.
- Verwaltungskraft, Beratungsangebote der Familienhilfe, angeboten werden (erste Anlaufstelle, städtische Dienste, Erstberatung, Kontaktvermittlung, Hilfestellung bei Bewerbungen und alltäglichen Fragen, Kommunikationspunkt, Nachhilfe für Kinder

und Jugendliche, Müttertreffpunkt, Beratungsstunden der Polizei, Treffpunkt für Stadtteilakteure).

Personalkosten: 1 MitarbeiterIn für fünf Jahre je 50.000 € pro Jahr = 250.000 €

Sachkosten: 1000 € pro Jahr über fünf Jahre = 5.000 €

Gesamtkosten Stadtteilmanager: 255.000 €

2. Zusammenarbeit aller relevanten Fachbereiche der Verwaltung

Bereich Wirtschaftliche Hilfen (B 57) stellt in Abkehr vom Buchstabenprinzip, wie bisher schon Bereich Hilfen zur Erziehung / Jugendarbeit (B 55) sicher, alle SozialhilfeempfängerInnen einem/einer SachbearbeiterIn zuzuordnen. Gleiches soll durch Bereich Soziale Förderung (B 58) im Rahmen der Grundsicherung, Hilfen in besonderen Lebenslagen und Altenangelegenheiten erfolgen.

Dadurch soll gesichert werden, Jugendhilfe und Sozialhilfe sozusagen auf kurzem Dienstweg bzw. „aus einer Hand“ bereichsübergreifend im Team effizienter gestalten zu können.

Zusätzliche Finanzen sind hierzu nicht erforderlich.

3. Zusammenarbeit der Wohlfahrtsverbände, Kindergarten, Schulen, sozialen Einrichtungen und kommunalen Einrichtungen in Deininghausen ("Runder Tisch Deininghausen")

Es wird ein „Runder Tisch“ eingerichtet. Organisator ist der Betrieb II mit zunächst folgenden Mitgliedern

- Sachbearbeiterin Hilfen zur Erziehung B 55 (Geschäftsführung)
- Koordinatorin Ganztagsgrundschulen B 55
- Fachberaterin Tagesstätten (Bereich 56, Einrichtungen der Jugendhilfe)
- SachbearbeiterIn Wirtschaftliche Hilfen B 57
- SachbearbeiterIn Grundsicherung, Hilfen in besonderen Lebenslagen, Altenangelegenheiten B 58

Dem „Runden Tisch Deininghausen“ obliegen folgende Aufgaben:

- Entwicklung gemeinsamer Konzepte/Strategien
- Vermeidung von Doppelarbeiten und Informationssicherstellung
- Gewinnung weiterer Träger als Mitglieder des „Runden Tisches“
- Aufbau ortsbezogener Dienstleistungen zur Verbesserung und praktischen Verschönerung des Ortsbildes
- Unterstützung des bestehenden Bürgervereins

Anschubfinanzierung: Als Anschubfinanzierung für praktische Projektmaßnahmen – insbesondere für Wohnumfeldverbesserungen in Nachbarschaftsarbeit – ist dem „Runden Tisch“ ein Budget von zunächst 15.000 € zur Verfügung zu stellen.

Gesamtkosten: 15.000 €

4. (Wohn)Quartiersmanagement für den Geschosswohnungsbau

Die im Handlungskonzept dargestellte Problemsicht für den Stadtteil Deininghausen verlangt ursächlich im Bereich des Ortskernes mit seinem sozialen Geschosswohnungsbau die Einrichtung eines funktionierenden, praktischen Quartiersmanagements. Ohne ein solches sind etliche Ziele nur unzulänglich zu erreichen.

Quartiersmanagement vor Ort als **direkte** Mieterbetreuung und als **Ansprechpartner** bei technischen, wohnungs- und gebäudebezogenen Problemen und für die Sicherstellung einer (noch zu vereinbarenden!) **qualitätszielorientierten Wohnungsneubelegung**

- verbessert den von den Mietern gewünschten Service,
- verringert das (subjektiv empfundene?) Sicherheitsdefizit im Quartier,
- eröffnet Möglichkeiten, unmittelbare nachbarschaftliche Kontakte zu knüpfen und der sozialen Kontrolle,
- verringert die einseitige Sozialstruktur, verbessert das Wohnimage, erhöht die Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes und verringert bzw. vermeidet Leerstände.

Voraussetzung für einen solchen Ansatz ist die Bereitstellung geeigneter, gut zugänglicher Räumlichkeiten mit entsprechender technischer Ausstattung. Vor allen Dingen aber auch bedingt es die personelle Ausstattung (Handwerker mit sozialer Kompetenz).

Kosten hierfür jährlich **ca. 40.000 €** bei kostenloser Bereitstellung von Räumlichkeiten und Material durch die Wohnungsbaugesellschaften.

Eine räumliche Zusammenfassung des Stadtteilbüros mit dem (Wohn)Quartiersmanagement ist anzustreben.

Gesamtkosten Wohnquartiersmanager für fünf Jahre: 200.000 €

8. Nahverkehrsanbindung

- Überprüfung des Nahverkehrsangebotes

Es soll geprüft werden, ob der Takt und die Angebote in den Abendstunden (Bürgerbus, etc.) und frühen Morgenstunden ausreichend sind oder Ergänzung bedürfen, damit beispielsweise SchichtarbeiterInnen und Jugendliche den Bus nutzen können.

Hinweis: Im Rahmen des derzeitigen Nahverkehrsplans ist keine weitere Taktverdichtung bzw. Betriebszeitenausweitung vorgesehen. Angebotsverbesserungen sind im Zusammenhang mit dem neuen NVP ab 2006 denkbar, sofern die RB 43 bis dahin im 20 Min.-Takt verkehren sollte. Außerdem soll im Rahmen der Nahverkehrsplanfortschreibung die Möglichkeit der Einrichtung eines Bürgerbusses geprüft werden.

Gesamtkosten Handlungskonzept für fünf Jahre: 1.238.500 €